

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. Dezember 1981

am Donnerstag, dem 10. Dezember 1981

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bamberg (CDU/CSU)	67, 68	Dr. Laufs (CDU/CSU)	47, 102
Frau Benedix-Engler (CDU/CSU)	90, 91	Frau Dr. Lepsius (SPD)	60
Börnßen (SPD)	118, 119	Linsmeier (CDU/CSU)	41
Bühling (SPD)	43, 44	Lintner (CDU/CSU)	94, 95
Clemens (CDU/CSU)	5, 59	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	21, 72
Collet (SPD)	4	Meinike (Oberhausen) (SPD)	38, 39
Conradi (SPD)	37, 117	Menzel (SPD)	100, 101
Dr. Czaja (CDU/CSU)	31, 32	Merker (FDP)	114, 115
Daweke (CDU/CSU)	48, 49	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	12, 13
Dörflinger (CDU/CSU)	98, 99	Niegel (CDU/CSU)	88, 89
Eigen (CDU/CSU)	18, 36	Poß (CDU/CSU)	56
Dr. Faltthäuser (CDU/CSU)	80, 81	Reschke (SPD)	120, 121
Dr. Feldmann (FDP)	112	Dr. Riesenhuber (CDU/CSU)	124, 125
Fischer (Hamburg) (CDU/CSU)	103, 104	Rossmann (CDU/CSU)	96
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	73, 74	Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)	92, 93
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	14, 15	Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	10, 11
Dr. von Geldern (CDU/CSU)	8, 9	Schreiner (SPD)	71
Gobrecht (SPD)	26, 27	Schröder (Hannover) (SPD)	85, 86
Dr. Hennig (CDU/CSU)	69, 70	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	24, 25
Herberholz (SPD)	1, 50	Dr. Schwarz-Schilling (CDU/CSU)	113
Herkenrath (CDU/CSU)	16, 17	Dr. Soell (SPD)	111
Hinsken (CDU/CSU)	66, 116	Dr. Sprung (CDU/CSU)	64, 65
Dr. Hirsch (FDP)	45, 46	Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	29, 30
Horstmeier (CDU/CSU)	97	Dr. Steger (SPD)	42, 123
Dr. Hubrig (CDU/CSU)	108, 109	Stockleben (SPD)	54, 55
Dr. Hupka (CDU/CSU)	35, 51	Stutzer (CDU/CSU)	52, 53
Immer (Altenkirchen) (SPD)	19, 20	Thüsing (SPD)	3, 40
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	33, 34	Tietjen (SPD)	61, 62
Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	2, 58	Dr. Voss (CDU/CSU)	28, 57
Kalisch (CDU/CSU)	106, 107	Weirich (CDU/CSU)	63, 122
Kirschner (SPD)	22, 23	Weiß (CDU/CSU)	87
Kolb (CDU/CSU)	82, 83	Wiefel (SPD)	105
Dr. Kübler (SPD)	77, 78	Wimmer (Neuötting) (SPD)	6, 7
Dr.-Ing. Laermann (FDP)	75, 76	Frau Zutt (SPD)	84
Dr. Lammert (CDU/CSU)	79		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	18

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Forschungsaufträge sie an wen vergeben hat, um herauszufinden, welcher Raumbedarf für ein Kind beziehungsweise einen Jugendlichen (von 1 bis 18 Jahren, getrennt nach Alter) als Minimum angesehen wird (ohne allgemeine Verkehrsflächen wie Küchen, Bad, Flur etc.), und welche finanziellen Mittel dafür aufgewandt wurden?

2. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausführungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 1981/1982, wonach der Miethausbau – wie schon seit Jahren – auch 1981 schwach geblieben sei, weil staatliche Regelungen verhinderten, daß er sich lohne, und welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um einen grundlegenden Abbau der Investitionshemmnisse herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist nach Auffassung der Bundesregierung die in der Bund-Länder-Kommission erarbeitete ziel- und maßnahmenorientierte Planung auch dann eine wichtige Leitlinie für die zukünftige Ausgestaltung unseres Bildungswesens, wenn eine Einigung mit der Finanzseite nicht gelingt?

4. Abgeordneter
Collet
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es eine nicht geringe Anzahl junger Lehrerinnen aller Schularten gibt, die sich als junge Mütter für drei bis sechs Jahre beurlauben ließen, wenn sie die Zusage bekämen, daß sie nach Ablauf der Beurlaubung an ihrer Schule oder, wenn dies nicht ginge, in ihrer Stadt oder, wenn auch dies nicht möglich wäre, in zumutbarer Entfernung vom Familienwohrt wieder eine Lehrerinnenstelle bekommen, und ist die Bundesregierung unter diesen Umständen bereit, in der Kultusministerkonferenz darauf hinzuwirken, daß die Bundesländer solche Regelungen einführen, um auf diese Weise wenigstens einem Teil der arbeitslosen Junglehrerinnen und Junglehrer eine Lehrerstelle anbieten zu können, zumal sich dies wegen fest vereinbarter Beurlaubungszeiträume organisatorisch einplanen läßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

5. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Inwieweit wird von der Bundesregierung Deutschland geleistete (finanzielle) Entwicklungshilfe mit einer objektgebundenen Auftragsvergabe an deutsche Industriefirmen gekoppelt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

6. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Bestrebungen interessierter Kreise gibt, die darauf abzielen, das übliche Stichprobenverfahren zur Qualitätskontrolle des deutschen Bienenhonigs für ineffektiv zu erklären und zu beseitigen, und wie gedenkt die Bundesregierung in Zukunft, die Qualitätskontrolle sicherzustellen, um insbesondere das Panschen und Aufmischen mit Honigimporten und DDR-Lieferungen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu ahnden?
7. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD) Hält die Bundesregierung das System der Kontrolle für ausreichend, und teilt sie die Auffassung, daß der derzeitige Umfang der Qualitätskontrolle eher als ein Minimum angesehen werden muß, das nicht unterschritten werden sollte?
8. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Trifft nach Einschätzung der Bundesregierung die Darstellung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 27. November 1981 unter der Überschrift „Auch bloße Fäuste werden als Argument geboten“ über die letzte FAO-Konferenz tendenziell zu, wonach sich die Stimmung der Konferenz grundsätzlich geändert hat und in der Beitragsfrage von einem Delegierten sogar eine tatsächliche Auseinandersetzung angeboten wurde, und wie bewertet die Bundesregierung selbst den Konferenzverlauf?
9. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um auf mehr Effizienz und weniger Bürokratie in der FAO zu drängen?
10. Abgeordneter
Freiherr von Schorlemer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, den Widerspruch zwischen der Berechnung des Bundesfinanzministeriums aufzulösen, wonach der Haushalt der FAO für 1982/83 einen realen Zuwachs von 8 v. H. aufweist und der Angabe der FAO, wonach die Zuwachsrate 5,8 v. H. beträgt?
11. Abgeordneter
Freiherr von Schorlemer
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Auseinanderfallen der sog. Genfer Gruppe der Hauptgeberländer auf der FAO-Konferenz für sich ziehen?
12. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die deutsche Verhandlungsdelegation auf der FAO-Konferenz eine einheitliche kritische Linie gegenüber dieser größten Sonderorganisation der Vereinten Nationen nicht einzuhalten vermochte?
13. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Trifft es in diesem Zusammenhang zu, daß eine besonders deutliche deutsche Stellungnahme so spät geliefert wurde, daß sie nicht mehr vorgelesen werden konnte und zu den Akten gegeben werden mußte?
14. Abgeordneter
Funk
(Guttenzell)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der deutschen Delegation unter Umgehung der Kompetenzen auch zu entwicklungspolitischen Fragen äußerten, obwohl das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Delegation ebenfalls vertreten war?

15. Abgeordneter
Funk
(Gutenzell)
(CDU/CSU)
- Ist die Klage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung begründet, wonach die deutsche Delegationsleitung „wider besseren Wissens Halbwahrheiten als Information ausgeteilt und Kontakte einzelner Delegationsmitglieder zu Journalisten, von denen eine distanziertere Berichterstattung zu erwarten war, auf ungehörige Art unterbunden hat?“
16. Abgeordneter
Herkenrath
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Probleme, die die deutsche Delegation bei der letzten FAO-Konferenz mit sich selbst hatte, anderen Konferenzteilnehmern nicht verborgen geblieben sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einen daraus möglicherweise erwachsenen Schaden abzuwenden?
17. Abgeordneter
Herkenrath
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die deutsche Delegation in der Endabstimmung über den Haushalt der FAO nicht von ihrem Recht Gebrauch gemacht hat, ihre abweichende Meinung zur Notwendigkeit einer unabhängigen Kontrolle zu Protokoll zu geben, warum ist dies nicht geschehen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Versäumnis?
18. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welchen Erfolg hatten die Aktivitäten der Bundesregierung gegen die EG-schädlichen Einkommenssubventionen der französischen Regierung an die französische Landwirtschaft für 1979, und wie wird die Bundesregierung sich anlässlich neuerlicher noch höherer Einkommenssubventionen für 1980 verhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

19. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit sind der Bundesregierung politische Aktivitäten von sog. Jugendsekten bekannt, und wie werden diese in ihrer Ausrichtung beurteilt?
20. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aktivitäten von Mitgliedern der „Vereinigungskirche“ (auch Moon-Sekte genannt), deren Mitglieder sich an der Friedensdemonstration vom 10. November 1981 in Bonn als Gegendemonstranten mit der Forderung nach Einführung der Neutronenbombe in Europa beteiligten?
21. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD)
- Reicht die Anzahl der Toxikologen in der Bundesrepublik Deutschland nach Meinung der Bundesregierung aus, um die ab 1. Januar 1982 nach dem neuen Chemikaliengesetz vorgeschriebenen Prüfungen von neu auf den Markt kommenden gefährlichen Stoffen durchzuführen, und was wurde in den vergangenen Jahren im Verantwortungsbereich der Bundesregierung unternommen, um die notwendige Weiterbildung von Medizinern und anderen Naturwissenschaftlern zu Toxykologen in ausreichendem Maße sicherzustellen?

22. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, daß gesundheits-schädliche Stoffe bei kosmetischen Mitteln im Interesse der Verbraucher so lange verboten werden sollten, bis ihre Nichttoxizität einwandfrei erwiesen ist, und wenn ja, warum wird dann eine neuerliche Verlängerung der Kosmetikverordnung aus dem Jahr 1977 vorgelegt?
23. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß auf den Kosmetika deutlich aufgedruckt wird, um welche chemischen Substanzen es sich handelt und welche gesundheitlichen Risiken damit eventuell verbunden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

24. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß ein vor 19 Jahren geflüchteter ehemaliger DDR-Soldat und jetziger westdeutscher Berufskraftfahrer kürzlich am Grenzübergang Marienborn von Grenzsoldaten der DDR verhaftet wurde und dieser vorher vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Auskunft erhalten hat, daß er die Transitstrecke unbedenklich benutzen könne?
25. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Wenn ja, welche Maßnahmen sind in diesem Fall bisher getroffen worden, um die umgehende Freilassung des zu Unrecht verhafteten Bürgers der Bundesrepublik Deutschland zu erwirken, und gedenkt die Bundesregierung, gegen diesen klaren Rechtsverstoß der DDR gegen das Transitabkommen zu protestieren, um zukünftig derartige Übergriffe auf die Transitstrecken zu verhindern?
26. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, bei dem voraus-sichtlichen Treffen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Generalsekretär Honecker die DDR-Regierung auch auf Verbesserungen und Erleichterungen für die Tagesaufenthalte in und aus grenznahen Berei-chen anzusprechen?
27. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Wird sich die Bundesregierung, sofern der innerdeut-sche Reiseverkehr und die Tagesaufenthalte Ge-sprächsthemen sein werden, für eine Einbeziehung der Hamburger in den Kreis der zu Tagesaufenthal-ten in grenznahen Kreisen der DDR berechtigten Personen einsetzen?
28. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Auf welche Rechtsgrundlage gründete sich das Be-gehren der „DDR“ mit dem geflüchteten Haupt-mann der „DDR“-Grenztruppe, Peter Vogel, um ein Gespräch nachzusuchen?
29. Abgeordneter
Graf
Stauffenberg
(CDU/CSU) Wie vielen Personen wurde von seiten der „DDR“ die Ausreise gestattet, seit das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen am 3. Oktober 1981 erklärte, der Häftlingstausch, von dem auch der Kanzlerspion Guillaume betroffen sei, „ermöglicht . . . die bisher insgesamt größte Zahl von Freilas-sungen und Ausreisen aus der DDR. Sie liege bei rd. 3 000.“ (vgl. Nachrichtenspiegel I des BPA vom 3. Oktober 1981?)

30. Abgeordneter
**Graf
Stauffenberg**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung bei den Verhandlungen des Bundeskanzlers mit dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Honecker Mitte Dezember 1981 die Freilassung bzw. Ausreise der genannten Zahl von Personen aus der „DDR“ durchsetzen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

31. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche Vorkehrungen wird das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung treffen, um die zugegebenermaßen (Antwort vom 26. November 1981, Stenographischer Bericht über die 67. Sitzung, Seite 3938) „dürftigere“ Auswertung der Interviews und Reden führender nordamerikanischer Politiker sowie der wichtigsten nordamerikanischen Pressekommentare in den Nachrichtenspiegeln erheblich zu verbessern, damit die Informationen über die politischen Meinungen bei unserem wichtigsten Verbündeten nicht wesentlich hinter den Informationen über die Meinungen in anderen Ländern und im Ostblock zurückstehen?
32. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welchen Hinweis gab es in den Nachrichtenspiegeln des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung auf das USICA-Interview des Direktors des US-Amtes für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Eugene V. Rostow, vom 28. Oktober 1981, in dem er die späteren Abrüstungsvorschläge des US-Präsidenten Reagan bereits mehrere Wochen vorher eindeutig ankündigte und in ihren hauptsächlichen Zielen umriß?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

33. Abgeordneter
**Jäger
(Wangen)**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung beim Besuch des Generalsekretärs Breschnew auf die Unterzeichnung der seit Jahren unterschriftsreif vorliegenden deutsch-sowjetischen Abkommen, die bisher nur wegen der Frage der Einbeziehung Berlins nicht unterschrieben worden sind, gedrängt, und was sind die Gründe dafür, warum bejahendenfalls ein solches Drängen dennoch erfolglos geblieben ist?
34. Abgeordneter
**Jäger
(Wangen)**
(CDU/CSU)
- Mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung beim Besuch des Generalsekretärs Breschnew in Bonn die Frage der würdigen Herrichtung und Pflege deutscher Kriegsgräber in der Sowjetunion angesprochen, und in welchem Zeitraum kann nach Auffassung der Bundesregierung dieses Problem endlich einer befriedigenden Lösung zugeführt werden?
35. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Beruhet die Mitteilung des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, daß im Jahr 1982 10 000 Deutsche die Sowjetunion verlassen können, auf sowjetischen Zusagen während des jüngsten Besuchs von Breschnew in Bonn, und warum ist diese Zusage, vorausgesetzt, sie ist so gemacht worden, den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses vorenthalten worden?

36. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Gründe haben Bundeskanzler Schmidt auf der Pressekonferenz nach dem EG-Gipfeltreffen in London veranlaßt, über die „auswachsenden Delegationen“ und die Spezialisten zu polemisieren?
37. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche Mitsprache- bzw. Mitentscheidungsmöglichkeiten und -rechte hat die Bundesregierung zur Stationierung und Anwendung von chemischen Kampfstoffen von unserem Land aus?
38. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Welche Position vertritt die Bundesregierung zur Einleitung eines amerikanischen Produktionsprogramms für neue binäre Kampfstoffe?
39. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Stationierung solcher neuer chemischer Kampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere im Hinblick auf die Achtung der C-Kampfstoffe durch den Deutschen Bundestag am 8. Mai 1981?
40. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Was hat – wenn man Presseberichten glauben kann – die Bundesregierung veranlaßt, die Frage nach der Beachtung der Menschenrechte in Guinea während des Besuchs des Präsidenten Ahmed Sékou Touré der Opposition zu überlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

41. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) Entspricht es den Tatsachen, daß das Bundesinnenministerium in einer Vorlage zu den medienpolitischen Vorschlägen der Bundesregierung sinngemäß die Satellitennutzung für den Deutschlandfunk vorgeschlagen hat, und wie steht die Bundesregierung gegebenenfalls zu diesem Vorschlag?
42. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung die Anfrage der bayerischen Staatsregierung über einen Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Bayern zu beantworten?
43. Abgeordneter
Bühling
(SPD) In wieviel Fällen sind von ausländischen Staatsangehörigen gestellte Asylanträge rechtskräftig abgewiesen worden?
44. Abgeordneter
Bühling
(SPD) Haben alle abgewiesenen Asylbewerber das Bundesgebiet nachweisbar verlassen oder sind (eventuell erhebliche?) Teile dieses Personenkreises im Inland „versickert“?
45. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Asylanträge in den letzten fünf Jahren rechtskräftig abgelehnt worden sind, und wieviel der danach erfolglosen Asylbewerber von den Ländern tatsächlich abgeschoben wurden?
46. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, bei wieviel anerkannten politischen Flüchtlingen die Asylgründe nachträglich durch Veränderung der politischen Verhältnisse in ihrem Heimatland weggefallen sind, und wieviel dieser Flüchtlinge daraufhin in ihr Heimatland zurückgekehrt oder wegen Beendigung des Aufenthaltsgrunds dorthin abgeschoben worden sind?

47. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Gelten die Leitlinien des Bundesinnenministers für die Auslegung von Kernkraftwerken gegen Störfälle durch äußere Einwirkungen uneingeschränkt auch für Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs, oder wird im Einzelfall gemäß § 28 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung differenzierend verfahren?
48. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung bezüglich der Benachteiligungen von Wehrdienstleistenden bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst der Bundesländer vor?
49. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Gleichstellung von ehemaligen Bundeswehrsoldaten mit nichtgedienten Bewerbern bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst zu gewährleisten?
50. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, die von gebrauchten Quecksilberbatterien im Hausmüll für den Menschen ausgehenden Gefahren durch eine Ablieferungspflicht der gebrauchten Batterien bei den verkauften Einzelhandelsunternehmen einzugrenzen, oder welche anderen Möglichkeiten einer gefahrlosen Beseitigung sind ihrer Meinung nach gegeben?
51. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel und welche Musikhandschriften der alten Preußischen Staatsbibliothek in Berlin sich heute in polnischem Besitz befinden und nicht zurückgegeben worden sind?
52. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist eine Kürzung der den Feuerwehren zur Verfügung gestellten Bundesmittel vorgesehen, wie ist sichergestellt, daß die integrierte Ausbildung (z. B. für den Verteidigungsfall) auch künftig qualitativ und quantitativ nach der Notwendigkeit durchgeführt werden kann?
53. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie ist sichergestellt, daß die verschiedenen Rettungsorganisationen (wie z. B. Feuerwehr, THW, und DRK) und die Bundeswehr auf bestimmten Funkfrequenzen in Notfällen oder in dem Verteidigungsfall miteinander kommunizieren können, und was hat der Bund in letzter Zeit getan, die Einsatzkraft der Feuerwehren zu verstärken?
54. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Hält die Bundesregierung das Ziel für realistisch und erreichbar, daß alle Oberflächengewässer in der Bundesrepublik Deutschland eine Qualität erreichen, die die Nutzung für Trinkwasserzwecke ermöglicht (vgl. Drucksache 9/717, Seite 3)?
55. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Welche Schritte hält die Bundesregierung für nötig, um das Einsparpotential sowohl bei der Industrie als auch im Haushaltsbereich zu vergrößern, und welche — insbesondere administrativen — Hemmnisse stehen dem entgegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

56. Abgeordneter
Poß
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung nach Bekanntwerden der Tatsache, daß durch Vermittler von Anlagegeschäften in England und Nordamerika tausende Menschen betrogen wurden, in das Strafgesetzbuch den Tatbestand des „Kapitalanlagebetrugs“ aufzunehmen?
57. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist der Generalstaatsanwalt des Bundeslandes, in das der „DDR“-Hauptmann flüchtete, in das Verfahren eingeschaltet worden?
58. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Sind die Ausführungen des Bundesjustizministers in der Frankfurter Rundschau vom 26. November 1981 zum Thema Zeitmietvertrag dahin zu verstehen, daß für die Bundesregierung insoweit die Einschränkung des geltenden Räumungsschutzes nicht in Betracht kommt, und wenn ja, sieht die Bundesregierung die vom Bundeswirtschaftsminister am 16. November 1981 in Osnabrück geforderte Voraussetzung für die tatsächliche Anwendung des Zeitmietvertrags mit ihrer „Formulierungshilfe“ als geschaffen an, „daß nach Ablauf des Vertrags der Mieter auch tatsächlich auszieht, ohne weitere Schwierigkeiten zu machen“?
59. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch gesetzliche Änderungen zu erreichen, daß sich friedliche Demonstranten aus gewalttätigen Demonstrationen entfernen und die bei Demonstrationen besonders gefährdeten Gruppen der Polizeibeamten besser zu schützen?
60. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das OLG Köln am 24. November 1981 (A. Z. 4 UF 190/81) in Kenntnis der Rechtsauffassung des Bundesjustizministers in Anlage 15 zum Plenarprotokoll vom 11. November 1981, Seite 3 655, entschieden hat, daß die unterhaltsberechtignte Frau ihre Zustimmung zum Realsplitting nicht von der Beteiligung am Steuervorteil abhängig machen darf, und was kann die Bundesregierung tun, um ihrer Rechtsauffassung Geltung zu verschaffen?
61. Abgeordneter
Tietjen
(SPD) Mit welcher Begründung hat die Generalbundesanwaltschaft das Bundeskriminalamt mit den Ermittlungen im Fall des Rechtsterroristen Lembke und den damit verbundenen umfangreichen Waffenfunden in Niedersachsen beauftragt, und teilt die Bundesregierung meine Überzeugung, daß diese Anordnung der Sache angemessen war?
62. Abgeordneter
Tietjen
(SPD) Kennt die Bundesregierung die Gründe, die die niedersächsische Landesregierung veranlaßt haben, die Entscheidung der Bundesanwaltschaft zu kritisieren, und weiß sie, mit welcher Begründung der niedersächsische Innenminister eine unmittelbare Beteiligung der niedersächsischen Polizei an der Arbeit der Sonderkommission des Bundeskriminalamts ablehnt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

63. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Was hat der Bundesforschungsminister insbesondere unternommen, um die Steuerbegünstigung von 13 Millionen DM im Bereich der Mineralölsteuer, die der Bundesforschungsminister durchgesetzt hat, für angebliche Versuche im Verkehrsbereich abzubauen, wie ist insbesondere das Verhältnis vom Verwaltungsaufwand für diese Mineralölbesteuerung, die zu einem Steuerausfall von 13 Millionen DM führt, zum Nutzen dieser Befreiung?
64. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesminister der Finanzen durch Weisung der Deutschen Bundesbank veranlaßt hat sicherzustellen, daß zukünftig Gedenkmünzen ausschließlich zum Nominalwert an das Sammlerpublikum weitergegeben werden?
65. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Wie vereinbart sich damit die zu beobachtende Praxis, daß Gedenkmünzen vielfach von Bankangestellten bereits mit Aufschlag an Münzhändler und sonstige Interessenten veräußert werden?
66. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Feststellung der Bundesverbände des Deutschen Güterkraftverkehrs bestätigen, daß deutschen Transportunternehmen durch bürokratische und komplizierte Grenzabfertigungen — z. B. Dieselmotorkraftstoffkontrolle — Verluste in Höhe von 100 Millionen DM jährlich entstehen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, hier Abhilfe zu schaffen, z. B. durch Aufhebung der Dieselmotorkraftstoffkontrolle?
67. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Liegen der Bundesregierung Vergleichszahlen aus dem rechnerischen Bundesdurchschnitt des Prüfungsturnus bei Groß-, Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben durch die verschiedenen Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland vor, und wenn ja, sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die einzelnen Besteuerungszeiträume bundeseinheitlich festzulegen?
68. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Planstellen bei Finanzämtern aus Personalmangel insgesamt unbesetzt sind, und wenn ja, gibt es Vergleiche über die Beschäftigungszahlen in den verschiedenen Bundesländern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

69. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Geht die Bundesregierung davon aus, daß der zinslose Überziehungskredit im innerdeutschen Handel ab 1. Januar 1982 auf 200 Millionen Mark absinkt und daß eine vorläufige und einseitige Verlängerung des bisherigen Swing durch die Bundesregierung nicht in Frage kommt, weil dann unsere Verhandlungsposition in Sachen Rücknahme der Zwangsumtauscherhöhung, Verzicht auf Journalistenschikanen, verbesserte Familienzusammenführung und andere humanitäre Maßnahmen geschwächt

- würde, oder wie gedenkt die Bundesregierung ab 1. Januar 1982 zu verfahren, nachdem sie entgegen der Vereinbarung von 1974 nicht bis Mitte 1980 Verhandlungen mit Ost-Berlin über die weitere „Gestaltung und Rückführung“ des Swing aufgenommen hat?
70. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung der Deutschen Bundesbank, daß — nachdem diese im nächsten Jahr aus ihrem Gewinn 10 Milliarden DM an den Bundesetat abführen muß — der Zinsverlust aus dem Swing, der in diesem Jahr bei einem angenommenen Zinssatz von 12 Prozent bei annähernd 100 Millionen DM liegen dürfte, vom Bund und nicht mehr von der Notenbank getragen werden muß, oder aus welchen Gründen wäre eine Verbuchung bei der Deutschen Bundesbank auch in Zukunft noch sachgerecht?
71. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über Anhaltspunkte, wonach über dreiviertel des im Kernkraftbereich Cattenom zu produzierenden Stroms in die Bundesrepublik Deutschland exportiert werden soll, wie dies nach einer Aussage des Mitglieds der französischen Nationalversammlung, Robert Malgras (Thionville), die Betreibergesellschaft Electricité de France (EdF) der französischen Regierung gegenüber erklärt haben soll?
72. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Genehmigung eines um 25 v. H. höheren Tarifs in der Kraftfahrzeugversicherung, der von Türken, Griechen und Serbo-Kroaten gefordert werden darf, unter dem Gesichtspunkt der Ausländerdiskriminierung, und durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die Versicherungsunternehmen ausländischen Mitbürgern nicht durch Sonderbehandlung (Vorkasse, Wartezeit) und Ausreden den Abschluß von Kfz.-Haftpflichtversicherungen zu Normaltarifen erschweren oder verweigern?
73. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Zu welchem Ergebnis haben die Bemühungen der Bundesregierung geführt, den Bundesverband Deutscher Banken dazu zu bewegen, Kreditauskünfte der Schufa (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung) auch Kreditvermittlern wieder zugänglich zu machen?
74. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist es nach Ansicht der Bundesregierung wettbewerbsfördernd, wenn Kreditvermittlern die Auskünfte der Schufa vorenthalten werden?
75. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel Kohlekraftwerke (Stein-, Braunkohle) derzeit rechtskräftig genehmigt sind, und wieviel durch Gerichtsverfahren oder aus anderen Gründen wie z. B. wegen ungültiger Bebauungspläne blockiert sind?
76. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Auskunft drüber geben, wieviel Kraftwerke einschließlich Kernkraftwerke sich insgesamt im Genehmigungsverfahren befinden und welches gegebenenfalls die Gründe für Verzögerungen sind?

77. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie hoch waren unmittelbar vor der ersten Ölpreisexplosion 1973 und Oktober 1981 der durchschnittliche Ölpreis einerseits der OPEC-Staaten und andererseits der anderen ölfördernden Staaten, und wie der jeweilige Benzin- und Heizölpreis in der Bundesrepublik Deutschland?
78. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist der Bundesrepublik Deutschland die Höhe der windfall profits in Niedersachsen bekannt, und falls nicht, wie hoch schätzt die Bundesregierung diese Gewinne, und welche Höhe haben die Steuereinnahmeausfälle bei einem in Niedersachsen zugrunde gelegten Steuersatz von 32 v. H. anstelle des möglichen Steuersatzes von 40 v. H.?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

79. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Welche Folgen erwartet die Bundesregierung aus der von ihr angestrebten Änderung der sogenannten 59er Regelung im Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz für die anstehenden Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Stahlindustrie, und hält sie unter diesen Voraussetzungen die Haushaltsmittel im Stahlprogramm zur Finanzierung von Sozialplänen für ausreichend?
80. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, das 1978 vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung an das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI) in Auftrag gegebene Gutachten über Umfang und Bedeutung der Doppeluntersuchungen im Gesundheitsbereich zu veröffentlichen?
81. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, einem Vorschlag der Herbst-Hauptversammlung des Marburger Bundes zu folgen, eine „Sachverständigenkommission auf Zeit“ zu berufen, die zum Gesamtkomplex der grundsätzlichen Neuorientierung der Krankenhausfinanzierung Vorschläge erarbeitet?
82. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Was hat das Bundesarbeitsministerium unternommen, um dafür zu sorgen, daß Bauaufträge der öffentlichen Hand nur an Firmen vergeben werden, die dem bundeseinheitlichen Tarifvertrag der Baubranche unterliegen und auch das darin vorgesehene Schlechtwettergeld bezahlen?
83. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht das Bundesarbeitsministerium, die jetzt schon vorhandene Sozialversicherungskarte mit der dazu gehörigen Sozialversicherungsnummer auch mit einem Lichtbild zu versehen, um so die Kontrolle der illegalen Beschäftigung wesentlich zu vereinfachen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

84. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD) Kann die Bundesregierung Meldungen, die im Raum Lahr (Schwarzwald) gegenwärtig zur Beunruhigung der Bevölkerung führen, dementieren oder bestätigen, wonach sich auf dem Truppenübungsplatz der kanadischen Streitkräfte in der Gemeinde Seelbach ein Atomwaffenlager befindet?

85. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Gibt die in der offiziellen Stellungnahme des Bundesverteidigungsminister für die Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ unter dem Aktenzeichen 01/61/02 mitgeteilte Äußerung „Noch ist der für die Grundordnung engagierte parteinehmende Lehrer die Ausnahme. So muß innerhalb der Streitkräfte jeder Vorgesetzte und außerhalb — bisher fast allein — der Jugendoffizier als Nachhilfelehrer für staatsbürgerliche Mitverantwortung einspringen.“ die Auffassung der Bundesregierung über das demokratische Engagement der Lehrer wieder, und auf welche Quellen wird diese Äußerung gestützt?
86. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Wenn nein, in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung diese Äußerung gegenüber den Betroffenen, ihren Verbänden und der Öffentlichkeit richtigzustellen?
87. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß nach einem Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums vom 22. Juni 1979 Soldaten, die auf Grund der Wehrpflicht Grundwehrdienst leisten, zwar eine kostenlose Familienheimfahrt mit der Deutschen Bundesbahn, nicht aber mit den Bussen der Deutschen Bundespost durchführen können?
88. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie groß ist die Anzahl der Wehrpflichtigen, die als Wehrdienstverweigerer anerkannt werden wollen, an der Zahl der Wehrpflichtigen (absolut und in Prozenten), und wie groß ist dabei der Anteil der Abiturienten bzw. der Schüler der beiden letzten Oberstufenklassen?
89. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie groß ist der Anteil absolut und in Prozenten der aus Gewissensgründen anerkannten Wehrdienstverweigerer insgesamt an der Zahl, die sich zunächst als Kriegsdienstverweigerer gemeldet haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

90. Abgeordnete
Frau Benedix-Engler
(CDU/CSU) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung ein angesichts der Absicht der Deutschen Bundesbahn, neue Verkehrseinschränkungen beim Sommerfahrplan 1982 vorzunehmen?
91. Abgeordnete
Frau Benedix-Engler
(CDU/CSU) Wie ist die vorgesehene Verkehrsausdünnung von 50 v. H. im Streckenabschnitt Seesen — Herzberg — Northeim mit der angestrebten Verbesserung des Personennahverkehrs — besonders im Zonenrandraum — zu vereinbaren?
92. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU) Sind die Aufenthalte in den Fahrplänen für die Verkehrsmittel der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost so bemessen, daß auch gehbehinderte Fahrgäste hinreichend Zeit haben, die Anschlußzüge und -busse zu erreichen?
93. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU) Wird bei Verspätungen auf Gehbehinderte Rücksicht genommen, damit sie die Anschlußzüge erreichen können?

94. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Billigt die Bundesregierung den Inhalt des Schreibens des Vorstands der Deutschen Bundesbahn vom 28. September 1981, Az. 41.411 I h 50, über „Vorhaltungsmaßnahmen auf schwächer belasteten Strecken/Streckenabschnitten“?
95. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen ergeben sich nach Meinung der Bundesregierung aus dieser Handlungsweise der Deutschen Bundesbahn für die Befahrbarkeit der von den Maßnahmen betroffenen Schienenstrecken im Personenverkehr und im Güterverkehr für die Jahre bis 1990?
96. Abgeordneter
Rossmann
(CDU/CSU) Welche Mehrkosten würden dem Bund entstehen, wenn die Fahrpreisermäßigung für Kinder aus kinderreichen Familien auch für Bahnbusse Gültigkeit hätte?
97. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Befürchtung, daß die verschiedenen jetzt anstehenden Tarifierhebungen der Deutschen Bundesbahn für Zirkussonderzüge die wirtschaftliche Situation der Zirkusunternehmen entscheidend verschlechtern werden, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht sie, ihre Aussage in der Drucksache 8/3679 „Die Erhaltung leistungsfähiger Zirkusunternehmen ist daher eine Aufgabe von kulturpolitischem Gewicht“ durch Taten zu unterstützen?
98. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Wie beurteilen die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbahn die Pläne der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), den Fracht- und Expressgutverkehr vom und zum Zollausschlußgebiet im Kreis Waldshut (Gemeinden Jestetten, Lottstetten, Altenburg) zum 23. Mai 1982 einzustellen, und liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob und inwieweit die betroffenen Gemeinden bisher zu den Plänen der SBB gehört worden sind?
99. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die genannten Gemeinden in ihrem Bemühen um die Aufrechterhaltung dieses aus strukturpolitischen Gründen wichtigen Fracht- und Expressgutverkehrs zu unterstützen und deswegen mit der Schweiz entsprechende Gespräche zu führen?
100. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Trifft es zu, daß Reparaturaufwendungen für Spannbetonbrücken in weitaus größerem Umfang notwendig werden, als noch im Juni dieses Jahrs vom Bundesverkehrsministerium in der Antwort auf eine Anfrage angenommen (siehe Konkret 12/81: „Runter kommen sie alle“), und sind die Schäden nach Meinung der Bundesregierung auf unsachgemäße Ausführung oder auf die beim Bau angewandten Verfahren zurückzuführen?
101. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Besteht nach Ansicht der Bundesregierung die Möglichkeit, die ausführenden Firmen regreßpflichtig zu machen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung für die Zukunft aus den aufgetretenen Schäden zu ziehen?

102. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird vom Bundesverkehrsminister der Stand des Planfeststellungsverfahrens für die Dringlichkeitseinstufung der Neubaumaßnahmen von Bundesstraßen — etwa am Beispiel der B14 von Winnenden bis Backnang, B29 Umgehung Schorndorf und B312 von Waiblingen bis Stuttgart — als Entscheidungsgrundlage herangezogen?
103. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU) Wann beabsichtigt der Bundesverkehrsminister, den Entwurf zu einer Novelle des Personenbeförderungsgesetzes vorzulegen, und damit die gegenüber den Verbänden des Taxigewerbes am 11. November 1981 telefonisch gegebene Zusage sowie den Beschluß der Konferenz der Verkehrsminister der Länder vom 16. November 1981 zu erfüllen?
104. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU) Inwieweit weichen die Novellierungsvorstellungen des Bundesverkehrsministers von den Entwürfen eines Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes ab, die die Bundesverbände des Deutschen Taxigewerbes sowie des Deutschen Personenverkehrsgewerbes kürzlich dem Bundesverkehrsminister sowie den Verkehrsministern der Länder zugeleitet haben?
105. Abgeordneter
Wiefel
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Gefährdung der Sicherheit deutscher Fluggäste, sofern der Flughafen Ajaccio auf Korsika von deutschen Linien- oder Chartermaschinen angefliegen wird und Zeitungsmeldungen den Tatsachen entsprechen, daß dieser Flughafen außer dem Instrumentenlandesystem keine Radarerfassung und -kontrolle anbietet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

106. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß telefonische Verbindungen zwischen Berlin (West) und der Republik Österreich zu bestimmten Tages- und Abendzeiten nicht zustandekommen, und welches sind die Gründe dafür?
107. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um künftig einen reibungslosen Telefonverkehr zwischen dem durch seine Insellage stark benachteiligten Berlin (West) und der Republik Österreich sicherzustellen?
108. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, insbesondere in den Postämtern, Krankenhäusern und sonstigen Bereichen mit hohem Publikumsverkehr, die öffentlichen Fernsprechzellen mit Sitzgelegenheiten auszustatten, wie es vereinzelt in großen Postämtern schon geschehen ist?
109. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Absicht, bei neu aufzustellenden Fernsprechzellen sich mit der Verbesserung der Be- und Entlüftung zu befassen?

110. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Trifft es zu, daß das Bundespostministerium bei der Vorauswahl der für eine Zusammenarbeit in Frage kommenden Werbeagenturen u. a. das Kriterium eines jährlichen Mindestumsatzes von 100 Millionen DM angewandt hat, und ist sie sich für diesen Fall bewußt, daß nur „multinational“ tätige Werbeagenturen dieses Kriterium erfüllen?
111. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Sieht die Bundesregierung in dieser Beschränkung nicht eine Diskreditierung der Möglichkeiten und Leistungsfähigkeiten mittlerer und kleinerer Werbeagenturen?
112. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die Bitte des Solidaritäts-Vorsitzenden Walesa um verstärkte Hilfe für Polen ihre bisher ablehnende Haltung zu vorübergehenden Gebührensenkungen für Pakete nach Polen zu revidieren, um dadurch eine besonders effektive – weil gezielt der betroffenen Bevölkerung zugute kommende – Hilfeleistungsmöglichkeit für Polen zu fördern?
113. Abgeordneter
Dr. Schwarz-Schilling
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, z. B. kostengünstige Paketsammeltransporte nach Polen vorzunehmen, um die Hilfeleistungen auf allen Ebenen aus der Bundesrepublik Deutschland in der jetzigen Krisensituation, insbesondere auf dem Ernährungssektor, zu unterstützen, da die hohen Gebühren für den Paketversand ein besonderes Hindernis für private Initiativen darstellen?
114. Abgeordneter
Merker
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, für wieviel Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland die Feststellung des Verwaltungsgerichts Augsburg über die Klage der Gemeinden Dinkelscherben und Altenmünster gegen die Neuordnung des Telefonnahbereichs im Januar 1980 „die Einteilung ohne Beteiligung und Berücksichtigung der Grenzen der Gemeinde sei rechtswidrig und daher nichtig“, zutrifft?
115. Abgeordneter
Merker
(FDP) Welche Konsequenz zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Augsburger Gerichts?
116. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg, wonach die Neuordnung des Telefonnahbereichs in den Gemeinden Dinkelscherben und Altenmünster rechtswidrig und deshalb ungültig ist, und ist der Bundesregierung bekannt, wieviel in etwa gleichgelagerte Fälle es in der Bundesrepublik Deutschland gibt?
117. Abgeordneter
Conradi
(SPD) In welchem Umfang werden bei der Einstellung von Zeitarbeitskräften bei der Deutschen Bundespost Auskünfte von Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz, BKA u. a.) eingeholt?
118. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Deutsche Bundespost einen Satelliten zur Übertragung von Fernseh- und Rundfunksignalen zu entwickeln beabsichtigt, und wie ist dies bejahendenfalls mit der Entwicklung des sogenannten TV-Satelliten durch den Haushalt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zu vereinbaren?

119. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die Übertragung von Fernseh- und Rundfunksignalen durch Satelliten als Ersatz für terrestrische Versorgung nicht sinnvoll und zur Restversorgung beim Rundfunk- und Fersehempfang nicht erforderlich ist?
120. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost im Jahr 1982 rund 6 000 Mehrstellen bekommen soll, und wieviel Lehrstellen können durch den herabgesetzten Mehrstellenbedarf von ehemals 14 000 auf jetzt nur 6 000 bei der Deutschen Bundespost nicht besetzt werden?
121. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Trifft es zu, daß 1982 nur rund 60 v. H. der Ausbildungskapazität bei der Deutschen Bundespost besetzt werden, und was geschieht mit den Ausbildungsplätzen und den Ausbildern in den jeweiligen Oberpostdirektionen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

122. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wie stellt sich der Bundesforschungsminister zu den Anmerkungen des Bundesrechnungshofs (Drucksache 9/978) über die unnötige staatliche Forschungsförderung im Bereich Kraftfahrzeuge und Straßenverkehr, und welche Stellung bezieht er zu den Vorwürfen des Bundesrechnungshofs über die unnötige staatliche Forschungsförderung in diesem Bereich?
123. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hoch sind nach den gegenwärtigen Schätzungen der Bundesregierung die Investitionskosten für eine 350 Jahrestonnen Wiederaufarbeitungsanlage, und welches Betriebskostendefizit wird für eine solche Anlage jährlich geschätzt?
124. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) An welche Bedingungen hat die Industrie, insbesondere die Elektrizitätswirtschaft, ihre Zusage zu einer bisher teilweisen Abdeckung bestehender und künftiger Finanzierungslücken beim Schnellen Brutreaktor geknüpft?
125. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Bedingungen der Elektrizitätswirtschaft zur Beteiligung an der Finanzierung des Schnellen Brutreaktors für sachlich gerechtfertigt, und wie gedenkt die Bundesregierung, diese Bedingungen zu erfüllen?

Bonn, den 4. Dezember 1981

